

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort (mit Danksagung)</i> .....	VII
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
A) <i>Hintergrund der Untersuchung</i> .....	1
B) <i>Ziele der Rechtsvergleichung und Programm der Untersuchung</i> .....	5
<b>1. Teil: Einführung in den Begriff des privaten Sicherheitsgewerbes sowie allgemeine Überlegungen</b> .....	<b>8</b>
A) <i>Der Begriff des privaten Sicherheits- und Bewachungsgewerbes in Deutschland und Südkorea</i> .....	8
I. Die Begriffsbestimmung des privaten Sicherheits- und Bewachungsgewerbes gem. § 34 a Abs. 1 GewO in Deutschland.....	8
II. Die Begriffsbestimmung des privaten Sicherheits- und Bewachungsgewerbes gem. § 2 Nr. 1 KBGG in Südkorea.....	10
III. Zusammenfassung.....	11
B) <i>Die Notwendigkeit einer Abgrenzung zum Zwecke der Untersuchung und Überlegungen bezüglich der Privatisierung von Polizeiaufgaben: Privates Sicherheitsgewerbe als Rechtsproblem</i> .....	11
I. Das Verhältnis zwischen privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei sowie ihren Funktionen.....	14
II. Allgemeine Diskussion über die Privatisierung von Polizeiaufgaben.....	17
1. Privates Sicherheitsgewerbe anstelle der Polizei?.....	20
2. Die Rechtsfigur der Beleihung in Bezug auf die polizeilichen Aufgaben und Befugnisse.....	23
<b>2. Teil: Das private Sicherheitsgewerbe in Deutschland</b> .....	<b>27</b>
A) <i>Rechtstatsächliche und rechtspolitische Entwicklung des privaten Sicherheitsgewerbes</i> .....	27
I. Historische Entwicklung.....	27
II. Das private Sicherheitsgewerbe heute und die innere Sicherheit in Deutschland....	35
1. Der Sicherheitsmarkt und das private Sicherheitsgewerbe heute.....	35
a) Die wirtschaftliche Bedeutung des privaten Sicherheitsgewerbes.....	35
b) Gründe für diese wirtschaftliche Bedeutung des Sicherheitsgewerbes?.....	37

2. Politik der inneren Sicherheit und die staatlichen Sicherheitsorgane .....	38
3. Gründe für die Heranziehung des privaten Sicherheitsgewerbes zur inneren Sicherheit.....	41
a) Steigende Kriminalität.....	42
b) Überlastung der Polizei .....	43
c) Unsicherheitsgefühl der Bürger.....	44
d) Gezielte Übertragung von staatlichen Aufgaben.....	45
e) Zusammenfassung.....	47
<i>B) Aufgaben und Tätigkeitsfelder des privaten Sicherheitsgewerbes .....</i>	<i>47</i>
<i>C) Überblick über die Erscheinungsformen bzw. rechtliche Grundformen „Privater“ im Rahmen der Gefahrenabwehr .....</i>	<i>50</i>
I. Eigenständiges Tätigwerden Privater im Rahmen von Aufgaben der Gefahrenabwehr unter Ausübung privater Not- und Jedermannrechtebefugnisse aufgrund staatlicher Zulassung .....	51
II. Staatliche Übertragung von Aufgaben der Gefahrenabwehr auf Private aufgrund von Spezialgesetzen und staatliche Veranlassung auf Private .....	52
1. Staatliche Übertragung von Aufgaben der Gefahrenabwehr auf Private „mit“ hoheitlichen Befugnissen .....	52
2. Staatliche Veranlassung von Aufgaben der Gefahrenabwehr auf Private „ohne“ hoheitliche Befugnisse .....	53
<i>D) Gesetzliche Regelungen, die das private Sicherheitsgewerbe betreffen .....</i>	<i>55</i>
I. Allgemeine Rechtsgrundlagen .....	57
1. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen.....	57
a) Das private Sicherheitsgewerbe in der Europäischen Union und in Deutschland als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	57
b) Europarechtliche Grundlagen der Tätigkeit des privaten Sicherheitsgewerbes.....	60
aa) Das primäre Gemeinschaftsrecht.....	60
bb) Das sekundäre Gemeinschaftsrecht.....	62
c) Zusammenfassung.....	62
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Tätigwerdens privater Sicherheitsdienste ..	63
a) Das Tätigwerden privater Sicherheitsdienste aus verfassungsrechtlicher Sicht...	63
aa) Begrenzung des Tätigwerdens privater Sicherheitsdienste durch das staatliche Gewaltmonopol: Rechtsstaatsprinzip.....	64
(1) Grund und Wesen des staatlichen Gewaltmonopols als wesentliches Merkmal der Staatssouveränität und des Staatszwecks.....	66

(2) Verfassungsrechtliche Grundlagen und Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols.....	68
(3) Einschränkungen des staatlichen Gewaltmonopols für die Gefahrenabwehr durch das private Sicherheitsgewerbe.....	71
i) Die Not- und Jedermannrechte als Durchbrechung des staatlichen Gewaltmonopols? .....	71
ii) Ausübung der Not- und Jedermannrechte bei nicht-hoheitlich veranlasster Gefahrenabwehr durch private Sicherheitsdienste .....	73
iii) Ausübung der Not- und Jedermannrechte bei hoheitlich veranlasster Gefahrenabwehr durch private Sicherheitsdienste .....	74
bb) Begrenzung des Tätigwerdens privater Sicherheitsdienste durch andere Strukturprinzipien.....	77
(1) Sozialstaatsprinzip .....	77
(2) Demokratieprinzip .....	82
(3) Subsidiaritätsprinzip .....	86
(4) Beamtenvorbehalt .....	88
cc) Vereinbarkeit des Tätigwerdens privater Sicherheitsdienste mit den Grundrechten .....	93
b) Ergebnis .....	95
3. Gewerberechtliche Grundlagen des privaten Sicherheitsgewerbes .....	96
a) § 34 a GewO.....	97
aa) Der Bewachungsbegriff und seine Abgrenzung von anderen Tätigkeiten... ..	97
(1) Bewachung als Gefahrenabwehr vor Ein- oder Angriff .....	98
(2) Schutz im Sinne personaler und aktiver Obhutstätigkeit .....	99
(3) Bewachung als Hauptleistungspflicht.....	101
(4) Gewerbsmäßigkeit .....	102
bb) Zugang zum Gewerbe: Bewachungserlaubnis als Tätigkeitsvoraussetzung für Gewerbetreibende .....	102
(1) Zuverlässigkeit.....	104
(2) Erforderliche Mittel .....	106
(3) Unterrichtsverfahren .....	107
cc) Tätigkeitsvoraussetzungen für die Angestellten.....	108
dd) Klarstellung der Befugnisse des Bewachungsgewerbes nach dem neu eingeführten § 34 a Abs. 5 GewO: Für den Gewerbetreibenden und seine Beschäftigten .....	110
ee) Gewerbeüberwachung und Maßnahmen bei Verstößen gegen die Gewerbeordnung .....	112
(1) Auskunft und Nachschau .....	112

(2) Buchführungs- und Aufbewahrungspflicht .....	113
(3) Erlaubnisrücknahme und -widerruf bei Unzuverlässigkeit .....	113
(4) Sonstige Maßnahmen der Behörde gegen Verstöße der Gewerbeordnung .. .....	115
(5) Ist die Gewerbeüberwachung ausreichend?.....	116
b) Die Verordnung über das Bewachungsgewerbe.....	117
aa) Das Unterrichtsverfahren: §§ 1 bis 5 BewachVO .....	117
bb) Sachkundeprüfung: §§ 5 a bis 5 d BewachVO.....	118
cc) Haftpflichtversicherung, Haftungsbeschränkung: §§ 6 und 7 BewachVO .. .....	118
dd) Verpflichtungen bei der Ausübung des Gewerbes: §§ 8 bis 15 BewachVO .....	119
(1) Datenschutz, Wahrung von Geschäftsgeheimnissen: § 8 BewachVO ..	119
(2) Beschäftigte: § 9 BewachVO.....	119
(3) Dienstanweisung: § 10 BewachVO .....	120
(4) Ausweis: § 11 BewachVO.....	120
(5) Dienstkleidung: § 12 BewachVO .....	120
(6) Behandlung der Waffen und Anzeigepflicht nach Waffengebrauch: § 13 BewachVO .....	121
(7) Unterrichtung der Gewerbeämter: § 15 BewachVO.....	121
ee) Ordnungswidrigkeiten: § 16 BewachVO .....	121
4. Not- und Jedermannrechte als Handlungsgrundlagen des privaten Sicherheitsgewerbes .....	122
a) Ausübung der Not- und Jedermannrechte durch private Sicherheitsdienste und die Frage ihrer sog. professionellen Nothilfe .....	122
b) Gesetzliche Grundlagen .....	126
aa) Notwehr und Nothilfe gem. § 32 StGB, § 227 BGB und § 15 OWiG ...	126
bb) Selbsthilferechte .....	128
(1) Selbsthilfe des Besitzers und des Besitzdieners gem. §§ 859, 860 BGB .... .....	128
(2) Selbsthilfe des Anspruchsinhabers gem. §§ 229 ff. BGB.....	129
cc) Notstandsrechte .....	131
(1) Rechtfertigender Notstand gem. § 34 StGB und § 16 OWiG.....	131
(2) Zivilrechtliche Notstandsvorschriften gem. §§ 228 und 904 BGB .....	132
(3) Die Angemessenheitsprüfung bei den Notstandsrechten.....	133
dd) Hausrecht.....	134
(1) Das privatrechtliche Hausrecht.....	134
(2) Das öffentlich-rechtliche Hausrecht .....	136
ee) Festnahmerecht gem. § 127 Abs. 1 StPO .....	136

5. Waffenrechtliche Regelungen .....	138
II. Spezielle Rechtsgrundlagen: Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben aufgrund gesetzlicher Beleihungstatbestände .....	142
1. § 5 Abs. 5 LuftSiG .....	143
2. Bewachung von Bundeswehreinrichtungen .....	144
3. Verkehrsüberwachung .....	145
4. Beleihung für Werkfeuerwehren .....	146
E) <i>Zusammenarbeit zwischen Privaten (privatem Sicherheitsgewerbe) und Staat (Polizei)</i> .....	146
<b>3. Teil: Das private Sicherheitsgewerbe in Südkorea .....</b>	<b>153</b>
A) <i>Rechtstatsächliche und rechtspolitische Entwicklung des privaten Sicherheitsgewerbes</i> .....	154
I. Historische Entwicklung .....	154
1. Geschichtlicher Hintergrund des privaten Bewachungssystems .....	154
2. Private Bewachung im modernen Sinne .....	155
II. Das private Sicherheitsgewerbe heute und die innere Sicherheit in Südkorea .....	160
1. Der Sicherheitsmarkt und das private Sicherheitsgewerbe heute .....	160
2. Politik der inneren Sicherheit und das staatliche Sicherheitsorgan .....	162
3. Gründe für die Heranziehung des privaten Sicherheitsgewerbes zur inneren Sicherheit .....	164
a) Steigende Kriminalität durch Industrialisierung und Verstädterung .....	164
b) Überlastung der Polizei als Grenze der polizeilichen Fähigkeiten .....	165
c) Verändertes Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung .....	166
d) Übertragung von staatlichen Aufgaben als Privatisierungstendenz .....	167
e) Zusammenfassung .....	167
B) <i>Aufgaben und Tätigkeitsfelder des privaten Sicherheitsgewerbes</i> .....	168
C) <i>Überblick über die Erscheinungsformen bzw. die rechtlichen Grundformen „Privater“ im Rahmen der Gefahrenabwehr</i> .....	172
I. Eigenständiges Tätigwerden Privater im Rahmen von Aufgaben der Gefahrenabwehr unter Ausübung privater Not- und Jedermannrechtebefugnisse aufgrund staatlicher Zulassung nach dem Bewachungsgewerbegesetz .....	173
II. Staatliche Übertragung von Aufgaben der Gefahrenabwehr auf Private aufgrund des Gesetzes über auftragsgebundene private Polizeidienste (PPDG) und staatliche Veranlassung von Aufgaben der Gefahrenabwehr auf Private gem. § 14 Abs. 4 und § 15 Abs. 3 KLuftSiG .....	173
D) <i>Gesetzliche Regelungen</i> .....	175

I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Tätigwerdens privater Sicherheitsdienste	175
1.	Verfassungsrechtliche Strukturprinzipien	178
a)	Rechtsstaatsprinzip und staatliches Gewaltmonopol als Grenze privater Eingriffsbefugnisse	178
b)	Sozialstaatsprinzip	179
c)	Demokratieprinzip	181
d)	Sonstige Strukturprinzipien und verfassungsrechtliche Vorgaben	181
2.	Die einzelnen Grundrechte mit den dazu gehörigen Wirtschaftsfreiheiten:	
	Grundrechtsschutz des Bewachungsgewerbes	183
a)	Freiheit der Berufswahl gem. Art. 15 KV	183
b)	Eigentumsgarantie gem. Art. 23 KV	185
c)	Koalitionsfreiheit gem. Art. 33 KV und die allgemeine Vereinigungsfreiheit gem. Art. 21 Abs. 1 KV	186
d)	Wirtschaftliche Freiheiten des Unternehmens gem. Art. 119 Abs. 1 KV und Private Unternehmen gem. Art. 126 KV	186
e)	Gleichheitssatz gem. Art. 11 Abs. 1 KV	187
3.	Zusammenfassung	187
II.	Gewerberechtliche Regelungen des privaten Bewachungsgewerbes nach dem Bewachungsgewerbegesetz	188
1.	Begriff des Bewachungsgewerbes	189
2.	Zugang zum Gewerbe	189
a)	Erlaubnispflicht	189
b)	Erlaubnisvoraussetzungen	190
c)	Disqualifikationsgründe für Vorstandsmitglieder im Bewachungsgewerbe	190
d)	Gültigkeitsdauer der Erlaubnis	191
3.	Verpflichtungen des Bewachungsgewerbetreibenden bei der Ausübung des Gewerbes	191
4.	Verpflichtungen der Bewachungskräfte	192
5.	Dienstkleidung und Ausstattung der Bewachungskräfte	193
6.	Bewachungsleiter und Bewachungskräfte	194
a)	Bewachungsleitersystem (Security Educator System)	195
b)	Bewachungskräfte und ihre Ausbildung	195
7.	Maßnahmen bei Verstößen gegen das Bewachungsgewerbegesetz	196
a)	Verwaltungsverfügungen	196
b)	Strafrechtliche Verantwortlichkeit	198
c)	Haftung	198
8.	Polizeiliche Aufsicht über das Bewachungsgewerbe und polizeiliche Sicherheitsdirektion sowie Überwachung des speziellen Bewachungsgewerbetreibenden	198

III. Not- und Jedermannrechte als Handlungsgrundlagen des privaten Bewachungsgewerbes .....	199
1. Anwendbarkeit der Not- und Jedermannrechte auf das private Bewachungsgewerbe .....	199
2. Gesetzliche Grundlagen .....	201
a) Notwehr und Nothilfe gem. § 21 KStGB .....	201
aa) Notwehr- und Nothilfefolge .....	203
bb) Notwehr- und Nothilfehandlung und Verteidigungswille .....	204
b) Notstand gem. § 22 KStGB .....	205
c) Selbsthilfe gem. § 23 KStGB .....	207
d) Festnahmerecht gem. § 212 KStPO .....	208
e) Zusammenfassung .....	210
IV. Waffenrechtliche Regelungen .....	210
1. Die Bewaffnung der „allgemeinen“ Bewachungskräfte .....	211
2. Die Bewaffnung der „speziellen“ Bewachungskräfte .....	211
V. Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben aufgrund gesetzlicher Beleihungstatbestände nach dem Gesetz über auftragsgebundene private Polizeidienste (PPDG) .....	212
VI. Zusammenfassung .....	216
<i>E) Zusammenarbeit zwischen privatem Bewachungsgewerbe und Polizei bzw. privaten Polizeidiensten .....</i>	<i>217</i>
<b>4. Teil: Rechtsvergleichung .....</b>	<b>221</b>
<i>A) Rechtstatsächliche und rechtspolitische Entwicklung des privaten Sicherheitsgewerbes .....</i>	<i>221</i>
I. Historische Entwicklung .....	221
II. Das private Sicherheitsgewerbe heute und die innere Sicherheit in Deutschland und Südkorea .....	224
<i>B) Aufgaben und Tätigkeitsfelder des privaten Sicherheitsgewerbes .....</i>	<i>227</i>
<i>C) Erscheinungsformen bzw. rechtliche Grundformen „Privater“ im Rahmen der Gefahrenabwehr zur inneren Sicherheit .....</i>	<i>230</i>
<i>D) Gesetzliche Regelungen .....</i>	<i>232</i>
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen für das Tätigwerden privater Sicherheitsdienste .....	232
1. Vereinbarkeit mit verfassungsrechtlichen Strukturprinzipien .....	233
2. Vereinbarkeit mit den Grundrechten .....	236
3. Zusammenfassung .....	236
II. Gewerberechtliche Regelungen .....	237

1. Zugang zum Gewerbe bzw. Tätigkeitsvoraussetzungen .....	239
2. Verpflichtungen des Personals bei der Ausübung der Bewachungstätigkeit .....	242
a) Bewachungsgewerbetreibende .....	242
b) Bewachungskräfte .....	243
3. Ausbildung .....	243
4. Gewerbeüberwachung und -kontrolle .....	247
5. Maßnahme bei Verstößen gegen das Bewachungsgewerberecht .....	249
6. Zusammenfassung .....	250
III. Not- und Jedermannrechte als Handlungsgrundlagen des privaten Sicherheitsgewerbes .....	252
1. Anwendbarkeit der Not- und Jedermannrechte auf das private Sicherheitsgewerbe und die Frage der professionellen Nothilfe .....	252
2. Gesetzliche Grundlagen der Not- und Jedermannrechte .....	253
a) Notwehr und Nothilfe.....	255
b) Selbsthilferecht.....	255
c) Notstand.....	256
d) Festnahmerecht.....	257
e) Weitere Not- und Jedermannrechte .....	257
3. Zusammenfassung .....	258
IV. Waffenrechtliche Regelungen .....	259
V. Zusammenfassung .....	262
<i>E) Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben aufgrund der speziellen Rechtsgrundlagen ....</i>	<i>263</i>
<i>F) Zusammenarbeit zwischen Privaten (privatem Sicherheitsgewerbe) und Staat (Polizei)</i> <i>.....</i>	<i>264</i>
<i>G) Zusammenfassung .....</i>	<i>269</i>
<b>5. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen.....</b>	<b>274</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>281</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>287</b>
<b>Elektronische Datenquellen.....</b>	<b>339</b>